



NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Mobilitätsausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 26.08.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 18:00

Ende: 20:04



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Felix Gerig

Lea Heidbreder

bis 19:46 Uhr (TOP 5)

Lea Saßnowski

Vertreterin für Julius Baur

Hannah Trippner

Vertreterin für Kim Neumann

CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

ab 18:11 Uhr

Bernhard Löffel

Vertreter für Dr. Andreas Hülsenbeck
bis 20.02 Uhr

SPD

Paule Albrecht

Vertreterin für Dominic Scheid

Florian Maier

Lisa Rocker

Vertreterin für Magdalena Schwarzmüller
bis 19:50 Uhr (TOP 7)

FWG

Aniello Casella

bis 19:51 Uhr (TOP 7)

AfD

Christian Gies

bis 20:00 Uhr

FDP

Carsten Triebel

DIE LINKE

Moritz Ranalder



Pfeffer und Salz

Andreas Barlang

bis 19:38 Uhr (TOP3)

beratendes Mitglied

Fabian Eyer

Dieter Wörle

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Matthias Doll

Stefan Grewenig

Christoph Kamplade

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführerin

Stefanie Dausch



Entschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

vertreten von Lea Saßnowski

Kim Neumann

vertreten von Hannah Trippner

CDU

Dr. Andreas Hülsenbeck

vertreten von Bernhard Löffel

SPD

Dominic Scheid

vertreten von Paule Albrecht

Magdalena Schwarzmüller

vertreten von Lisa Rocker



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende beantragte die Änderung der Tagesordnung. Aufgrund der dringlichen und angespannten Lage der Schülerbeförderung bat der Vorsitzende um Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes 2. „Situation der Schülerbeförderung Landau in der Pfalz“.

Die Herren Ranalder und Barlang baten künftig um vorherige offizielle Information der Thematik seitens der Verwaltung.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Antrag des Vorsitzenden zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Situation bei der Schülerbeförderung
3. Ausbau des Westbahnhofs zu einer barrierefreien Mobilitätsstation
Vorlage: 660/203/2019
4. Verkehrssichere Umgestaltung der Ortseinfahrt Godramstein
Vorlage: 660/234/2020
5. Befestigung von Wirtschaftswegen
Vorlage: 660/233/2020
6. Ausbau der nördlichen Fortstraße, Vergabe von Ingenieurleistungen
Vorlage: 680/224/2020
7. Barrierefreier Umbau der Unterführung Goethepark, Vergabe von Ingenieurleistungen
Vorlage: 680/225/2020
8. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Situation bei der Schülerbeförderung

Der Vorsitzende erläuterte, dass für einen coronakonformen Schulbusverkehr mit der bisherigen Schulstruktur das drei- bis vierfache an Fahrzeugen sowie an Busfahrern*innen notwendig sei. Dies sei für Landau nicht zu bewältigen und organisierbar, auch nicht mit Berücksichtigung von aktuell verfügbaren Zusatzbussen.

Für Landau wurden 35 Fahrten ermittelt, welche verbessert werden könnten. Hierbei bieten die 250 bereitgestellten Fahrzeuge vom Land keine relevante Verbesserung der aktuellen Situation. Man wolle der Schülerbeförderungsproblematik mit den Zusatzbussen zwar entgegensteuern, jedoch benötige man andere Lösungen. Diese könnten in der Schulorganisation liegen. Entweder man führt das Wechselsystem mit A- und B-Klassen ein oder man entzerrt die Schulzeiten. Im Moment werde zwischen 7 Uhr und 8 Uhr der Großteil der Verkehrsteilnehmer auf einer begrenzten Anzahl an Straßen und mit einer begrenzten Anzahl an öffentlichen Verkehrsmitteln abgewickelt. Dies führe zu Problemen und Verzögerungen bei der Schülerbeförderung. Daher bedürfe es eines Wechsels des Schulsystems auch unter dem Aspekt des Infektionsschutzes.

Der Vorsitzende habe bereits viele Gespräche mit Schulleitern*innen geführt. Hieraus habe er entnommen, dass ein Wechsel in A- und B-Klassen aus schulpädagogischer Sicht die schlechtmöglichste Variante sei.

Um den Ausschuss zu informieren, bat der Vorsitzende die Vertreter*innen der Schulen, sich hierzu zu äußern und Stellung zu beziehen. Aus seiner Sicht stellen A- und B-Klassen für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen eine enorme Herausforderung dar. Pädagogisch sei dies die schlechteste Variante, jedoch aus organisatorischer Sicht von Seiten der Stadt die einfachste, da nur noch die Hälfte der Schülerschaft befördert werden müsste.

Herr Maier gab zu Bedenken, dass im Regelbetrieb eine Einteilung in A- und B-Klassen rechtlich nicht erlaubt sei, daher stelle sich die Frage nicht.

Frau Brummer (MWS) äußerte sich negativ, eine erneute sehr aufwendige Erstellung von Stundenpläne und Trennung der Schülerinnen vorzunehmen. Sie sei der Auffassung, dass dies erst nach lokaler Notwendigkeit umgesetzt werden sollte.

Der Vorsitzende bat unabhängig der juristischen Frage um eine Bewertung aus schulischer Sicht, ob es pädagogisch sinnvoll sei.

Frau Hartmann (NRS) sagte, eine Klassenteilung wäre für die Schüler- und Elternschaft eine Katastrophe, pädagogisch für die Kinder ein großer Nachteil.

Frau Neumann (IGS) gab zu Bedenken, dass eine Aufteilung in zwei Gruppen auch für die Lehrer*innen sehr belastend sei. Dies bedeute Präsenzunterricht sowie Vor- und Nachbereitung für Home Schooling. Aus dieser Sicht, sei eine komplette Schließung weniger aufwendig als eine Splittung. Sie machte den Vorschlag, das System der A- und B-Klassen nur in der ersten Stunde anzuwenden.

Herr Maier wandte nochmals ein, dass er verstehe, dass der Vorsitzende sich informieren wolle, es jedoch die Leitlinien des Landes nicht hergäben und sich die Frage nicht stelle, ob man halbe Klassen einrichte um den Schulbusverkehr zu entzerren. Es sei eine unsinnige Diskussion, daher stellte Herr Maier den Antrag, eine Diskussion über die Schülerbeförderung zu führen.



Der Vorsitzende merkte an, dass in dem vergangenen halben Jahr sehr kurzfristige Entscheidungen von der Landesregierung getroffen wurden, mit denen niemand rechnete. Aktuell gäbe es bei allen Landkreisen und kreisfreien Städten die gleichen Diskussionen und die gleiche Problematik bei der Schülerbeförderung. Daher sei es nicht abwegig, dass das Land in der nächsten Zeit einen Systemwechsel möglich machen könnte. Demnach sei es angemessen und nicht grundfalsch, wenn sich der Ausschuss die Meinungen aus pädagogischer Sicht anhöre.

Herr Peters (BBS) priorisiere alle Schüler zeitgleich zu beschulen. A- und B-Klassen seien im Moment nicht umsetzbar.

Herr Flohn (MSG) sagte, dass eine geteilte Klasse pädagogisch besser gewesen sei als eine komplette Schließung, schulisch jedoch sehr aufwendig.

Herr Doll (OHG) sei froh wieder alle Schüler*innen in der Schule zu haben und freue sich über den Präsenzunterricht. Dies wolle man so lange wie möglich beibehalten.

Auch Frau Brummer (MWS-Gym) wolle am liebsten alle Schüler zeitgleich unterrichten lassen. Wenn dies nicht möglich sei und nur bei einer vorhandenen Pandemie, sei die geteilte Klasse als zweitbeste Alternative duldbar.

Frau Niklas (MWS-RS) gab zu beachten, dass die Maria-Ward-Schule aus zwei Schulen bestehe. Alle wollen Szenario 1, also Präsenzunterricht.

Herr Ditsch (MSL) informierte, dass für die 1. bis 6. Klasse annähernd Normalbetrieb stattfinden konnte, es jedoch eine enorme Belastung für Lehrer*innen war. Auch die Montessori Schule bestehe aus 2 Schulen. Er schlug vor, dass man über eine Verlängerung des offenen Anfangs auf 8:30 Uhr oder 8:45 Uhr nachdenken könnte.

Der Vorsitzende bat Herrn Grewenig etwas zu der Schulbusverstärkung zu erläutern.

Herr Maier gab zu bedenken, dass die Schülerschaft ein Recht auf Bildung hätte und die Schule das letzte sein sollte, das geschlossen werden solle. Es sei nicht richtig, eine A- und B-Schicht einzuführen, wenn es die Infektionszahlen nicht dringend erfordern. Es müsse eine andere Lösung geben, als nach außen den Eindruck zu vermitteln, die Schüler*innen könnten im Wechsel zu Hause bleiben.

Herr Grewenig erläuterte, dass die aktuelle Kapazität auf ca. 4.500 Schüler ausgelegt sei. Es sei schwierig zu der Rush-Hour zusätzliche Fahrzeuge und Busfahrer*innen bereitzustellen. Um die Abstandsregeln einhalten zu können, müssten die ca. 100 Schulfahrten auf ein drei- bis vierfaches erweitert werden. Dies sei nicht realisierbar. Man habe etwa 30 Fahrten ermittelt, welche im Moment am dringendsten mit 5 Zusatzbussen entlastet werden müssten.

Herr Maier bemängelte, dass das Problem schon vor den Sommerferien bekannt gewesen sei. Es sei absehbar gewesen, dass ein Regelbetrieb erfolge, man hätte den Schülerverkehr schon eher anpassen können, da der Verwaltung bekannt gewesen sei, dass die Fahrzeuge zu voll sind.

Frau Heidbreder entgegnete, dass bereits im April der Vorschlag von versetzten Schulzeiten eingebracht und vom Vorsitzenden im Stadtvorstand thematisiert wurde. Dies wurde allerdings vom Schuldezernenten nicht weiterverfolgt.



Um eine Lösung zu finden, bat Frau Heidbreder die Schulleitungen um realisierbare Vorschläge, auf die man aufeinander zugehen könne.

Herr Bakhtari sprach sich für versetzte Schulzeiten aus, um die Rush-Hour zu entzerren, da nur zu dieser Zeit ein Fehlbedarf an Fahrten bestehe.

Der Vorsitzende schlug vor, die Klassenstufen eins bis sieben nicht zu verändern. Da die älteren Kinder ab Stufe 8 einer erhöhten Betreuung nicht mehr bedürften, könne man den Unterrichtsbeginn zum Beispiel auf die dritte Stunde versetzen und die fehlende Zeit am Nachmittag anhängen. Zusätzlich schlug er vor, den Unterrichtsbeginn um 15 Minuten nach hinten zu verschieben. Aktuelle Verspätungen könnten somit vermieden und Fahrten von Berufspendlern und Schüler*innen entzerrt werden. Desweiteren bestehe die Möglichkeit, dass Eltern ihre Kinder zu Fuß oder per Rad zur Schule fahren lassen, da sich die Verkehrssituation zwischen 7:45 Uhr und 8:15 Uhr erheblich verbessere und somit ein sicherer Schulweg gegeben sei. Dieser Vorschlag sei unabhängig eines eventuellen Systemwechsels, hierbei gehe es darum die Verkehrssicherheit zu erhöhen und nicht vermeidbare Verspätungen zu minimieren. Es sei bekannt, dass es weiterhin Probleme bezüglich Mittagessen, Sportunterricht, Schließdienste Hausmeister und Arbeitszeiten Lehrer*innen zu lösen gäbe. Eine Kombination aus versetzten Zeiten und zusätzlichen Bussen könne eine mögliche Lösung darstellen.

Herr Barlang schlug vor, Schüler*innen zu verpflichten mit dem Fahrrad zu kommen, somit wäre der Sportunterricht und das Turnhallenproblem gelöst. Desweiteren verstehe er nicht, warum der Beginn zur zweiten Stunde keine Option sei.

Herr Peters sah den Vorschlag den Schulbeginn um 15 Minuten zu versetzen als eine sehr gute Lösung, insbesondere in der Langfristigkeit. Allerdings sei dies bei der Berufsbildenden Schule nicht umsetzbar, da hier unter anderem die vorgegebenen Arbeitszeiten der Auszubildenden zu berücksichtigen seien.

Frau Brummer sehe diese Vorschläge als enorm schwierig umsetzbar. Die Arbeitszeiten der Lehrer*innen würden sich von 8 Uhr bis 18:30 Uhr verlängern. Auch wurde die Schulorganisation bei diesen Ansätzen vernachlässigt. Zum jetzigen Zeitpunkt das Schulsystem kurzfristig abzuändern sei sehr ungünstig.

Die anwesenden Schulleiter*innen und Vertreter*innen meinten mehrheitlich, dass die Vorschläge nicht umsetzbar seien. Unabhängig der Organisation bestehe das Problem ausreichend Lehrer*innen einsetzen zu können. Auch bestehen Kooperationen zwischen Schulen für gemeinsamen Unterricht, eine Einteilung in A- und B-Klassen sei nicht möglich.

Der Vorsitzende schlug vor, die Idee von Frau Neumann A- und B-Klassen oder A- und B-Schulen nur in den ersten beiden Stunden anzuwenden, rechtlich prüfen zu lassen. Nächster Schritt sei, Mittel vom Stadtrat beschließen zu lassen um zusätzliche Fahrzeuge für die meist ausgelasteten Fahrten einsetzen zu können. Sollten weitere Ideen entwickelt werden, bat er um Mitteilung von Vorschlägen.

Auf einen weiteren Vorschlag von Frau Neumann einen Pop-Up-Radweg anzulegen, erklärte der Vorsitzende, dass dies nicht weiterhelfen würde. Das Mobilitätskonzept sehe unterschiedliche Vorrangrouten für verschiedene Verkehrsarten vor. Es sei nicht optimal, einen Radstreifen neben Hauptverkehrsstraßen, die für Pkws gedacht sind, zu



errichten. Rheinstraße, Marienring und Westring seien keine gute und angenehme Strecke für Radfahrer.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bedankte sich der Vorsitzende bei den Schulleitern*innen dieser Sitzung mitgewirkt zu haben und schloss diesen Tagesordnungspunkt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Ausbau des Westbahnhofs zu einer barrierefreien Mobilitätsstation

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage. Hiernach soll ein Neubau einer B+R-Anlage mit überdachten Fahrradabstellanlagen, Fahrradboxen sowie Fahrradbügel errichtet werden. In unmittelbarer Nähe ist eine VRN-Nextbike Station geplant. Desweiteren werde die P+R-Anlage neugestaltet. Nach Prüfung des Umweltamtes müssen 7 schadhafte Bäume durch Neubepflanzungen ersetzt werden.

Herr Gerig begrüßte die Sitzungsvorlage und schlug für die Fahrradboxen ein App-gesteuertes System vor. Bezüglich der Bäume sollten vor Fällung alle Alternativen geprüft werden und gegebenenfalls ein Sachverständiger hinzugezogen werden.

Herr Casella fragte, ob die Deutsche Bahn hierbei beteiligt sei.

Herr Bernhard antwortete, dass die Stadt Landau Bauherr für den Ausbau des Westbahnhofs und die DB Bauherr für die Erhöhung des Bahnsteigs sei. Es handle sich um zwei getrennte Projekte, die jedoch zeitgleich umgebaut werden.

Herr Barlang lehnte die Vorlage ab, sofern ein gesunder Baum fallen muss. Es sei interessant, dass immer ein Baum für Parkplätze weichen müsse. Die Mobilitätsstation sei zwar richtig, jedoch sei es nicht gerechtfertigt, wenn für Ladestationen oder Parkplätze auch nur ein Baum gefällt werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass einige Bäume schwere Wurzelschäden hätten und dies vom Umweltamt festgestellt wurde.

Der Mobilitätsausschuss empfahl mehrheitlich mit einer Gegenstimme dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Sitzungsvorlage zuzustimmen.

Beschlussvorschläge:

1. Dem Ausbau des Westbahnhofs zu einer barrierefreien Mobilitätsstation wird zugestimmt.
2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Förderanträge einzureichen und nach Bewilligung die Maßnahme umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verkehrssichere Umgestaltung der Ortseinfahrt Godramstein

Der Vorsitzende informierte, dass aufgrund von Beschwerden des Ortsbeirats sowie der Eltern die Verkehrssicherheit des Schulweges überprüft wurde. Daraus ergab sich die Notwendigkeit unter anderem die Ortseinfahrt umzugestalten.

Herr Bernhard führte aus, dass man die Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs durch eine Verschwenkung der Fahrbahn reduzieren wolle. Um mehr Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger zu schaffen, wolle man eine Überquerungshilfe errichten sowie den Radweg entlang der K13 verkehrssicher gestalten.

Der Mobilitätsausschuss empfahl einheitlich dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen folgenden Beschlussvorschlägen zuzustimmen.

Beschlussvorschläge:

Der verkehrssicheren Umgestaltung der Ortseinfahrt Godramstein nach dem beigefügten Lageplan wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme für den Haushalt der Stadt Landau anzumelden und den Förderantrag beim Land Rheinland-Pfalz einzureichen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Befestigung von Wirtschaftswegen

Der Vorsitzende informierte, dass fünf Wegeverbindungen für Radfahrer*innen durch Asphaltierungen ausgebaut werden sollen. Dies betreffe die Verbindungen Wollmesheimer Höhe – Arzheim, Horst – Dammheim und Dammheim – Horst, Queichheim – Mörlheim sowie den Schwefelbrunnenweg.

Herr Casella fragte, warum man den Fürstweg statt der Arbotstraße gewählt habe.

Der Vorsitzende antwortete, dies sei mit Arzheim abgestimmt. In einem ersten Schritt soll der Fürstweg befestigt und in einem weiteren Schritt die Arbotstraße im Hinblick auf die Verbesserung der Radwegeverbindung untersucht werden. Aus Sicht der Anwohner der Wollmesheimer Höhe, biete der Fürstweg mehr Attraktivität, da diese Strecke nach Arzheim ebenerdig sei.

Herr Maier bemängelte Entscheidungen ohne die Ortsbeiräte zu treffen. Dies sollte man mit den Gremien vor Ort besprechen.

Herr Bernhard informierte, dass der Ortsbeirat Arzheim bereits hierzu mehrheitlich zugestimmt habe. Aus der Sitzungsvorlage gehe hervor, dass die Arbeiten der Wege erst nach den Beratungen der Ortsbeiräte erfolgen würden.

Der Mobilitätsausschuss stimmte folgendem Beschluss bei einer Enthaltung einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Befestigung der in Anlage 1 dargestellten Wege wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Ausbau der nördlichen Fortstraße, Vergabe von Ingenieurleistungen

Herr Bernhard erläuterte die Sitzungsvorlage.

Da es keine Wortmeldungen hierzu gab, stimmte der Mobilitätsausschuss einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Ausführung der ersten Stufe (Leistungsphasen 1 bis 3) der Planungsleistungen für den Ausbau der nördlichen Fortstraße ist dem Teambau Ingenieurbüro für Bauwesen, Bad Bergzabern, zu dem Preis ihres Angebotes vom 24.06.2020 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 21.939,53 EUR zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Barrierefreier Umbau der Unterführung Goethepark, Vergabe von Ingenieurleistungen

Herr Bernhard gab die Sitzungsvorlage wieder.

Frau Saßnowski bat um Berücksichtigung eines trichterähnlichen Zugangs zur Unterführung und einer Treppenlösung für Fußgänger vom Süden kommend.

Der Mobilitätsausschuss stimmte folgendem Beschluss einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Ausführung der ersten Stufe (Leistungsphasen 1 bis 3) der Planungsleistungen für den barrierefreien Umbau der Unterführung Goethepark ist dem Ingenieurbüro Schönhofen Ingenieure, Kaiserslautern, zu dem Preis ihres Angebotes vom 24.06.2020 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 17.039,63 EUR zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Verschiedenes

Next-Bike

Herr Triebel fragte, ob die Auslastung der Next-Bikes vorgestellt werden könne.

Herr Grewenig informierte, dass im Mai ca. 370, Juni ca. 350 und Juli sogar über 560 Ausleihen registriert wurden. Nach Einschätzung von Next-Bike und VRN seien dies zufriedenstellende Zahlen in Anbetracht der Corona-Krise mit fehlenden Studierenden.



Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 26.08.2020 umfasst 9 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 26.

Vorsitzender

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Schriftführerin

Stefanie Dausch